



Die Firma Häcker Küchen beschäftigt etwa 1300 Mitarbeiter am Standort Rödinghausen. Laut Seniorchef Horst Finkemeier ist eine Erweiterung geplant. Falls dies in Rödinghausen nicht möglich sein sollte, erwägt Häcker einen Verwaltungsneubau in Bünde oder Melle. Foto: Wettmann

## Häcker Küchen erwägt Erweiterungsbau in Bünde

Roger Rabbe geht rechtlich gegen Beschlüsse aus dem Wirtschaftsförderungsausschuss vor

■ Von Kathrin Brinkmann

Bünde (BZ). Nachdem der Planungs- und Wirtschaftsförderungsausschuss die Verwaltung beauftragt hat, Schritte für einen neuen Gewerbestandort einzuleiten, ficht Rechtsanwalt Roger Rabbe (Bündnisgrüne) die Beschlüsse als rechtswidrig an. Nach der Sitzung sei bekannt geworden, dass es der Verwaltungsspitze darum gehe, ein konkretes Ansiedlungsbegehren der Firma Häcker Küchen aus Rödinghausen zu bedienen.

Horst Finkemeier, Seniorchef der Firma Häcker Küchen, bestätigte gestern auf Anfrage dieser Zeitung, dass das Unternehmen, dem derzeit 1300 Mitarbeiter angehören, plane, zu erweitern. Im Zuge dessen habe er Gespräche mit Bürgermeister Wolfgang Koch geführt. Er habe sich jedoch noch keine konkrete Fläche gesichert, da das Unternehmen sowohl in Bünde, als auch in Rödinghausen und Melle in Frage kommende Flächen angesehen habe. »Es geht um die Erweiterung unseres Verwaltungsgebäudes. Am liebsten wür-

den wir natürlich in Rödinghausen bleiben. Wenn der Landwirt nördlich von uns verkaufen würde, könnten wir einfach unser Verwaltungsgebäude vor Ort erweitern«, erklärte Finkemeier. Die Verhandlungen zögen sich jedoch schon lange hin und das Unternehmen benötige dringend neue Flächen in einer Größe von mindestens 17 Hektar.

»Sollten wir in Rödinghausen neben unserem jetzigen Standort nicht anbauen können, würden wir die Verwaltung splitten. Dann würden wir anderswo ein neues Verwaltungsgebäude bauen, in dem bis zu 130 Mitarbeiter beschäftigt würden.« Finkemeier warte derzeit noch auf eine Rückmeldung des Rödinghauser Bürgermeisters Ernst-Wilhelm Vortmeyer, ob der Landwirt einem Verkauf zustimme.

Rechtsanwalt Roger Rabbe sieht die Thematik kritisch. Die Beschlüsse aus dem Wirtschaftsförderung- und Planungsausschuss seien »rechtswidrig wegen der Besorgnis der Befangenheit«.

»Bürgermeister Wolfgang Koch und sein Wirtschaftsförderer haben in der Sitzung nach Kräften den Eindruck erweckt, es werde ein ergebnisoffenes Verfahren angestrebt. Im Hinblick auf eine künftige planungsrechtliche Sicherung von Gewerbeflächen auf dem

Gebiet der Stadt Bünde gebe es zurzeit keine konkreten Zielvorgaben. Das Gegenteil ist jedoch der Fall«, begründet Rabbe seinen Schritt.

»Durch die irreführenden Äußerungen des Bürgermeisters wurden die Ausschussmitglieder in ihrem Abstimmungsverhalten beeinflusst«, sagt Rabbe. An der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und des Planungsausschusses habe zudem ein befangenes und persönlich betroffenes Ratsmitglied teilgenommen. Ratscherr Eyüp Odabasi (ebenfalls Bündnisgrüne), der als leitender Angestellter für das Unternehmen Häcker Küchen tätig sei, habe sich zu Beginn der Sitzung selbst für befangen erklärt, ohne dies näher zu erläutern.

»Dem Bürgermeister war offenkundig bekannt, dass der Ratscherr Odabasi befangen ist. Gleichwohl hat das befangene Ausschussmitglied den Sitzungssaal nicht verlassen«, sagt Rabbe. Der Bürgermeister habe darauf verzichtet, hierauf

hinzuwirken. »Das befangene Ausschussmitglied hätte zumindest aufgefordert werden müssen, im Zuschauerraum Platz zu nehmen. Dies ist unterblieben«, so Rabbe.

So habe der befangene Ratscherr die Gelegenheit gehabt, mit seinen Platznachbarn während der Sitzung Gespräche zu führen. Es komme nicht darauf an, ob dadurch das Abstimmungsverhalten der betroffenen Ausschussmitglieder beeinträchtigt worden sei oder nicht. »Der Verdacht der Einflussnahme im Sinne des eigentlichen Grundes der Befangenheit reicht aus«, sagt Rabbe.

Da der Beschluss rechtswidrig zustande gekommen sei, müsse er aufgehoben werden. Die Verwaltung sei nicht beauftragt, bei der Bezirksregierung Detmold auf eine Änderung des Regionalplans hinzuwirken. Die Beschlüsse seien gegebenenfalls neu zu fassen.

Bürgermeister Wolfgang Koch war gestern für eine Stellungnahme zum Thema trotz mehrfacher Anfragen im Rathaus nicht zu erreichen.



Rechtsanwalt Roger Rabbe